

# „Auf Wohltaten verzichten“

INTERVIEW: Bernd Schneider, Geschäftsführer Städte- und Gemeindebund

Die finanzielle Not der Kommunen bleibt 2012 eines der wichtigsten Themen. Peter Jansen sprach mit dem Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bernd Schneider.

*Der erste Teil des Stärkungspakts Kommunalfinanzien steht. Sind die ärmsten Kommunen in NRW aus dem Größten raus?*

**BERND SCHNEIDER:** Der Stärkungspakt war ein Schritt in die richtige Richtung zur rechten Zeit. Er war dringend nötig, es ist zwanzig nach vier, nicht zehn nach zwölf. Die Banken erwarten ein Signal. Aber der Stärkungspakt ist eine Hilfe, keine Lösung des Problems, denn er ist nicht mit genügend Mitteln ausgestattet. Wir verhindern, dass Städte und Gemeinden in die Überschuldung geraten, aber das strukturelle Problem ist nicht gelöst.

*Zu dem Sanierungspaket gehören erhebliche eigene Sparanstrengungen. Wo haben die Kommunen noch Luft?*

**SCHNEIDER:** Ein Thema ist die interkommunale Kooperation. Jede Stadt muss nicht alles vorhalten. Das gilt etwa für die Städte im Ruhrgebiet, die ja viel Geld bekommen. Da muss man sehen, dass man Stärken stärkt und bestimmte Funktionen neu zuordnet, etwa nach dem Motto Messestadt Düsseldorf, Theaterstadt Bochum, Kulturstadt Oberhausen. Da ist noch Luft. Allerdings bin ich auch gegen ein Kaputtsparen. Eine Stadt braucht eine bestimmte Mindestausstattung bei Kultur und Sport, um attraktiv für wirtschaftliche Ansiedlungen zu sein.

*2013 tritt der zweite Teil des Stärkungspakts in Kraft, an dem über hundert Kommunen teilnehmen*

*sollen. Reichen die Mittel aus?*

**SCHNEIDER:** Die bislang angekündigten Mittel werden nicht ausreichen. 195 Millionen Euro sollen aus der kommunalen Solidarität aufgebracht werden. Da ist völlig unklar, wie das finanziert werden soll.

*Sind denn die wohlhabenden Kommunen überhaupt bereit, sich an der Finanzierung zu beteiligen?*

**SCHNEIDER:** Sie sind dazu bereit, wenn mit den kommunalen Mitteln die strukturelle Krise überwunden werden kann. Dazu müssen ausreichend Landes- und Bundesmittel aufge-

stellt, die sie gar nicht haben.

*Kann das Land aus eigener Kraft mehr tun, oder ist jetzt in erster Linie der Bund gefragt?*

**SCHNEIDER:** Es sind beide gefragt. Das Land muss begreifen, dass die Rettung der Kommunen oberste Priorität hat. Es nutzt wenig, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, wenn die Kommune dann aus finanziellen Gründen den Kindergarten ganz schließen muss. Das Land muss auf Wohltaten verzichten, die zur Rettung der Kommunen nicht entscheidend sind. Deshalb war es auch ein Fehler, die Studiengebühren abzuschaffen. Und natürlich brauchen wir bei der Behindertenhilfe zusätzliche Mittel des Bundes.

## »Druck machen«

bracht werden. Überwindung der Finanzkrise heißt, dass alle kommunalen Haushalte ausgeglichen sind und die Kassenkredite nicht weiterwachsen. Von den 70 angeblich wohlhabenden Kommunen haben 15 selbst einen Nothaushalt. Vor allem ländliche Kommunen wurden künstlich reichgerechnet. Ihnen wurde eine Steuerkraft unter-

*Wie viel Geld brauchen die Kommunen, um ihre Haushalte auszugleichen?*

**SCHNEIDER:** Der Solidarpakt müsste eine Milliarde Euro pro Jahr stark sein, damit wir eine Chance haben, in absehbarer Zeit dieses Ziel zu erreichen.

*Es gilt ja das Konnexitätsprinzip, das heißt, wenn Bund oder Land etwas anordnen oder beschließen, müssen sie es auch bezahlen. Halten sich alle staatlichen Ebenen daran?*

**SCHNEIDER:** Das Land hält sich daran, das sehen wir jetzt beim Ausbau der U-3-Betreuung. Der Bund ist da etwas nachlässig. Er hat 2007 einen Rechtsanspruch auf Betreuung formuliert und eine Betreuungsquote von 32 Prozent vorgegeben. Jetzt sehen wir, dass wir eine Quote von 40 Prozent abdecken müssen. Da muss der Bund noch mal liefern. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder begreift nicht, dass sie selbst etwas tun muss. Der Bund ist in Sachen Konnexität nicht besonders fair. Da muss das Land im Bundesrat mehr Druck machen.



Sorgt sich um Kommunen: Bernd Schneider.

FOTO: MEYER